

Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort/Ortsteil):		
Telefon tagsüber/Fax:		
Mobil tagsüber/E-Mail:		
Die Anlage „Steuernummern und Beteiligungen“ wurde vollständig ausgefüllt und beigelegt: <input type="checkbox"/>		

II. Antragsgegenstand

1. Angaben zum Vorhaben:

Vorhabenbezeichnung:		
Art des Vorhabens:	investives bzw. nichtinvestives Vorhaben zur Umsetzung der Regionalen Entwicklungsstrategie ggf: <input type="checkbox"/> Kleinprojekt ⁸ <u>oder</u> <input type="checkbox"/> Kooperationsprojekt ⁹	
Geplanter Vorhabenzeitraum:	Beginn: Tag, Monat, Jahr	Ende: Tag, Monat, Jahr
Projektadresse:		
Gemarkung, Flur, Flurstück:		
Ortsteil:		
Mit dem Vorhaben sollen Arbeitsplätze geschaffen bzw. erhalten werden:	<input type="checkbox"/> ja, Anzahl in Vollzeitäquivalenten ¹⁰ : <input type="checkbox"/> nein	

2. Beschreibung des Vorhabens:

Das geplante Vorhaben und die damit bezweckten Ziele sind in einer Anlage zum Antrag detailliert darzustellen. Aus der Beschreibung muss hervorgehen, was konkret geplant ist.

⁸ Als Kleinprojekte gelten Vorhaben, deren zuwendungsfähige Ausgaben 5.000 € nicht überschreiten.

⁹ Als Kooperationsprojekte gelten Vorhaben, an deren Umsetzung mehr als eine RAG beteiligt ist.

¹⁰ Das Vollzeitäquivalent berechnet sich aus der Anzahl der tatsächlichen Arbeitsstunden pro Woche geteilt durch die wöchentliche Arbeitszeit eines Vollbeschäftigten.

Beispiel:

1 Vollzeitkraft mit 40 Stunden

1 Teilzeitkraft mit 20 Stunden

Vollzeitäquivalent = (40 + 20) / 40 = 1,5

III. Finanzierungsplan für das beantragte Vorhaben (brutto/netto)¹¹

1. Ausgaben	in EUR Bitte keine Felder leer lassen. Wenn Feld für Sie nicht zutrifft bitte „0“ eintragen
1.1. geplante Gesamtausgaben: (lt. beigefügten Kostenangeboten/Kostenberechnungen)	
a. abzüglich nicht zuwendungsfähige Ausgaben: (z. B. Fertigstellungs- u. Entwicklungspflege, LP 9 der HOAI)	-
b. abzüglich anderweitig geförderte/finanzierte Ausgaben (nicht zuwendungsfähig):	-
(1) davon gefördert von öffentlichen Zuwendungsgebern ¹² :	
(2) davon finanziert von Dritten ¹³ :	
1.2. geplante zuwendungsfähige Gesamtausgaben:	=
2. Finanzierung der geplanten Gesamtausgaben	in EUR
2.1. Fördersatz in %:	%
2.2. beantragte Zuwendung: (geplante zuwendungsfähige Gesamtausgaben x Fördersatz)	
2.3. Eigenanteil (inkl. 1.1.a):	+
a. davon bare Eigenmittel ¹⁴ :	
b. davon unbare Eigenleistungen ¹⁵ :	
c. davon durch Dritte zur Reduzierung des Eigenanteils getragen (zweckgebundene /Spenden/Sponsorengelder) ¹⁶ :	
d. davon Darlehen ¹⁷ :	
2.4. Mittel für anderweitig geförderte/finanzierte Ausgaben (1.1. b):	+
2.5. Summe Finanzierungsmittel ¹⁸ :	=
3. Zur Finanzierung wird eine Zuwendung beantragt:	in EUR
Für das Jahr 20..... i. H. v.:	
Für das Jahr 20..... i. H. v.:	
Für das Jahr 20..... i. H. v.:	

¹¹ Bei vorsteuerabzugsberechtigten Antragstellern: Angaben ohne Umsatzsteuer (netto).

¹² z. B. andere Zuwendungsgeber wie TAB oder TLVwA (Ausgleichszahlungen Straßenausbaubeiträge); Art und Herkunft der Mittel sind nachzuweisen.

¹³ Mittel privater oder privatwirtschaftlicher Geldgeber, die nicht an den Zuwendungszweck gebunden sind, z. B. nicht an den Zuwendungszweck gebundene Spenden; entsprechende Nachweise und Erklärungen der Dritten sind beizufügen. Diese Mittel führen zur Verringerung der zuwendungsfähigen Ausgaben.

¹⁴ Wenn Eigenmittel >10.000 € sind entsprechende Nachweise beizufügen, bzw. Stellungnahme Kommunalaufsicht.

¹⁵ Nur bei Kleinprojekten; die Zuwendung darf die zuwendungsfähigen Ausgaben abzüglich der unbaren Eigenleistungen nicht übersteigen.

¹⁶ Zweckgebundene Spenden und Sponsorengelder, die vom Spender bzw. Sponsor ausdrücklich zur Verringerung des Eigenanteils bestimmt wurden. Die Spenden/Sponsorengelder müssen in einem unmittelbaren sachlichen und zeitlichen Zusammenhang mit dem beantragten Vorhaben stehen. Art und Herkunft der Mittel sind nachzuweisen.

¹⁷ Entsprechende Kreditbereitschaftserklärungen sind beizufügen.

¹⁸ Muss dem Betrag der geplanten Gesamtausgaben (1.1) entsprechen.

IV. Erklärungen des Antragstellers

1. Allgemeine Erklärungen

Ich/Wir erkläre/n, dass

- 1.1. mir/uns bekannt ist, dass kein Rechtsanspruch auf die Gewährung der Zuwendung besteht.
- 1.2. ich/wir mit dem Vorhaben noch nicht begonnen habe/n und nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides bzw. vor der etwaigen Genehmigung des vorzeitigen Beginns beginnen werde/n. Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten. Planung, Bodenuntersuchung und Grunderwerb gelten nicht als Beginn des Vorhabens, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck des Vorhabens. Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass ein Vorhabenbeginn vor Erteilung des Zuwendungsbescheides die Förderung ausschließt bzw. dass bei Vorliegen einer Zustimmung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn kein Anspruch auf Förderung besteht.
- 1.3. neben den beantragten und angegebenen Finanzierungsmitteln für das beschriebene Vorhaben keine anderen Mittel oder Vergünstigungen in Anspruch genommen werden.
- 1.4. ich/wir für das beschriebene Vorhaben
 - vorsteuerabzugsberechtigt,
 - teilweise vorsteuerabzugsberechtigt zu%,
 - nicht vorsteuerabzugsberechtigt,bin/sind.
- 1.5. kein Insolvenzverfahren gegen mich/uns unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet worden ist. Mir/Uns ist bekannt, dass ich/wir verpflichtet bin/sind, das unmittelbare Bevorstehen eines Insolvenzverfahrens unverzüglich mitzuteilen.
- 1.6. ich/wir die Belange des Umwelt- und Naturschutzes bei der Umsetzung des Vorhabens berücksichtigen werden.
- 1.7. mir/uns bekannt ist, dass der Zuwendungsgeber die in den vorstehenden Ziffern sowie unten unter IV. 2 enthaltenen Tatsachen nach dem Zweck der Zuwendung, den Rechtsvorschriften, Verwaltungsvorschriften und Richtlinien über die Zuwendungsvergabe sowie den sonstigen Zuwendungsvoraussetzungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung als erheblich ansieht und deswegen auf der Grundlage von § 2 Abs. 1 Subventionsgesetz i. V. m. § 1 des Thüringer Subventionsgesetzes als subventionserheblich i. S. d. § 264 Abs. 8 Nr. 1 StGB bezeichnet mit der Konsequenz, dass ich mich/wir uns wegen unrichtiger, unvollständiger oder unterlassener Angaben über diese subventionserheblichen Tatsachen wegen Subventionsbetruges nach § 264 StGB strafbar machen kann/können.
- 1.8. mir/uns bekannt ist, dass ich/wir verpflichtet bin/sind, die Bewilligungsbehörde über die Änderung subventionserheblicher Tatsachen zu unterrichten. Der Inhalt des § 264 StGB sowie der §§ 3 bis 5 Subventionsgesetz ist bekannt.
- 1.9. mir/uns bekannt ist, dass die beantragte Zuwendung erst nachschüssig (Erstattungsverfahren) nach Vorlage und Prüfung des Auszahlungsantrages und bezahlter Rechnungen ausgezahlt wird.
- 1.10. ich/wir bereit bin/sind, von dem zu fördernden Vorhaben vor Beginn und nach Beendigung Fotos anfertigen zu lassen.
- 1.11. mir/uns bekannt ist, dass die Bewilligungsbehörde zu Unrecht gezahlte Beträge zurückfordern sowie Zinsen und Sanktionen bei Nichteinhaltung von Auflagen festsetzen kann.
- 1.12. mir/uns die Datenschutzinformationen zur Verfügung gestellt wurden.

2. Fördergegenstandsspezifische Erklärungen

Ich/Wir erkläre/n, dass

2.1. für dasselbe Vorhaben

- noch keine Zuwendungen aus anderen Fördermaßnahmen
- im Jahr Zuwendungen i. H. v.€

gewährt wurden.

2.2. ich/wir

- nicht
- als Landwirt/Forstwirt
- als land-/forstwirtschaftliches Unternehmen
- als sonstiges gewerbliches Unternehmen

unternehmerisch tätig bin/sind.

Sofern ich/wir unternehmerisch tätig bin/sind,

- habe/n ich/wir die Erläuterungen zu De-minimis-Beihilfen für Zuwendungsempfänger zur Kenntnis genommen und füge/n die De-minimis-Erklärung diesem Antrag bei

2.3. ich/wir keine Website/Social-Media-Site habe/n

- folgende Website/Social-Media-Site habe/n:

.....

2.4. ich/wir die Hinweise über die Veröffentlichung von Förderdaten zur Kenntnis genommen habe/n.

Ich/Wir versichere/n die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben und der beigefügten Unterlagen.

.....
Ort, Datum

.....
Stempel/Dienstsiegel und rechtsgültige
Unterschrift/en Antragsteller

.....
Name/n in Druckbuchstaben

Anlagen

1. Von jedem Antragsteller, soweit zutreffend, einzureichen (Kopien ausreichend):

- Ausführliche Beschreibung des geplanten Vorhabens
- Fotos vom Standort des Vorhabens
- Lageplan mit Kennzeichnung des Standortes des beantragten Vorhabens sowie Angabe der Flurstücksnummer
- Kreditbereitschaftserklärung (nur bei Finanzierung über Darlehen)
- Nachweis der eingeplanten Leistungen Dritter (nur wenn Drittmittel eingeplant)
- Stiftungsverzeichnisauszug (nur von Stiftungen)
- Aktueller und vollständiger Grundbuchauszug oder Liegenschaftskatasterauszug (nicht älter als 2 Jahre) als Nachweis der bestehenden Eigentumsverhältnisse** (bei Investitionen an Gebäuden bzw. Grund und Boden)
- Notariell abgeschlossener Kaufvertrag zum Nachweis des Eigentumserwerbs (bei Investitionen an Gebäuden bzw. Grund und Boden)
- Nutzungsvertrag über mindestens 5 Jahre nach Fertigstellung (bei Investitionen an Gebäuden bzw. Grund und Boden)
- bei Kooperationsprojekten: Absichtserklärung für Kooperation (letter of intent)
- Kooperationsvereinbarung (nur bei Kooperationsprojekten)
- Erläuterungen zu den unbaren Eigenleistungen (nur bei Kleinprojekten, sofern eingeplant)
- Baugenehmigung
- Denkmalschutzrechtliche Genehmigung
- Nachweis über die Beteiligung der/des kommunalen Behindertenbeauftragte/n (bei öffentlich zugänglichen Vorhaben in Bezug auf Verkehrs- und Freiraum, Gebäude, Informations- und Kommunikationsanwendungen)
- Anlage Steuernummern und Beteiligungen
- De-minimis-Erklärung mit Anlagen (gilt nur bei wirtschaftlichen Tätigkeiten)

2. Nur von kommunalen Antragstellern/Gebietskörperschaften, soweit zutreffend, einzureichen:

- Kostenberechnung (DIN 276 Ebene 3 oder gleichwertige Aufstellung mit Angabe von Mengen, Einzelpreisen und Gesamtpreisen)
- Stellungnahme der Kommunalaufsichtsbehörde (wenn Eigenmittel >10.000 €)
- Bei beantragter Förderung freiberuflicher Leistungen (z. B. Planungen): mindestens drei schriftliche Angebotsabforderungen, eingegangene Angebote, Vergabeentscheidung mit Begründung sowie Vergabebeschluss

3. **Nur von privatrechtlichen Antragstellern, soweit zutreffend, einzureichen:**

- 3 vergleichbare Angebote (je Gewerk; gilt auch für Planungsleistungen), Pauschalangebote sind unzulässig
- Aktuelle Bescheinigung in Steuersachen**, zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht älter als 1 Monat (nicht erforderlich bei Vorsteuerabzugsberechtigung)
- Handelsregister-, Vereinsregisterauszug
- Nachweis Gemeinnützigkeit
- Kontoauszugskopien, Sparbuchkopien, Bankerklärungen zu Guthaben, Kopien von Sparbüchern Dritter inkl. Mittelbereitstellungserklärung des Dritten, o. ä.** (wenn Eigenmittel am Vorhaben >10.000 €)

4. Sonstige Anlagen:

-
-
-

Weitergehende Informationen und Unterlagen erhalten Sie unter:

<https://tlllr.thueringen.de/landentwicklung/integrierte-laendliche-entwicklung/leader>